

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 98/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Helmut Schmidt MdB, Stellvertretender SPD-Vorsitzender, stellt Gedanken über die Mitbewerber am 6. März an: Das alles weiß man vorher. Seite 1

Liesel Hartenstein MdB und Freimut Duve MdB kritisieren Zimmermanns Großfeuerungs-Verordnung: Der Wald steht still und leidet. Seite 2

Konrad Kunick, Bremens SPD-Vorsitzender, antwortet der Mahnwachengruppe Evangelischer Frauen: Weiter verhandeln statt stationieren. Seite 3

Volker Neumann MdB wirft den westlichen Industriestaaten vor, die Existenz von Kindern aufs Spiel zu setzen: Kambodscha helfen! Seite 5

Helmut Geys MdL verlangt, daß die Grünen ihr Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie bereinigen, bevor sie bei Demokraten auf Partnersuche gehen: Gefährliche Ansichten zur Gewalt. Seite 6

### Dokumentation

Brief eines heimatvertriebenen Schlesiens zu den Zimmermann-Außerungen über die Grenzen von 1937. Seite 8

38. Jahrgang / 38

24. Februar 1983

Das alles weiß man vorher

Gedanken zu den Mitbewerbern am 6. März

Von Helmut Schmidt MdB  
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Wer am 6. März die FDP wählt, der weiß, wen er wählt - und das ist schon schlimm genug. Aber er weiß nicht, welche Politik er sich damit einhandelt. Ihre Unberechenbarkeit haben die FDP-Herren durch ihr Verhalten gezeigt. Sie haben auch gezeigt, daß sie fast um jeden Preis an ihren Ämtern kleben. Und daß alles, was nicht rechts genug war, an die Seite gedrückt oder aus der FDP hinausgedrückt worden ist.

Diejenigen, die immer noch mit dem Gedanken spielen, vielleicht doch wieder FDP zu wählen, die sollte man an einen Spruch des englischen Philosophen Bertrand Russell erinnern: "Man sollte eigentlich im Leben niemals die gleiche Dummheit zweimal machen, denn die Auswahl ist so groß."

Aber bei den Grünen weiß man auch nicht, was man sich einhandelt. Da gibt es mehrere Landesverbände, da gab es einen ganzen Parteitag der Grünen, der sich nicht durchringen konnte jeder privaten Gewaltanwendung abzusagen. Ich bin fest überzeugt, daß die große Mehrheit derjenigen, die in Landtagswahlen grün gewählt haben, nichts von Gewalt wissen will. Aber warum lehnt ein Parteitag der Grünen die Festlegung auf Gewaltlosigkeit ab? Wer sich in einer Demokratie den Willen zur privaten Gewalt offenhalten will, der ist für die Demokratie gefährlich!

Es bleibt also in Wirklichkeit nur die Entscheidung zwischen den beiden großen Parteien. Zwischen den Christdemokraten und den Sozialdemokraten. Wer der CDU oder der CSU seine Stimme gibt, der weiß sehr wohl, wen er wählt, er wählt Herrn Kohl, er wählt Herrn Strauß, er wählt Herrn Geißler und Herrn Zimmermann. Aber er weiß auch, was er wählt. Er wählt eine Partei, die es mit der sozialen Gerechtigkeit nicht ernst genug nimmt. Er wählt eine Partei, die in ihrer Haltung zur Außen- und Friedenspolitik sich selbst widerspricht; Strauß so, Kohl anders, Zimmermann noch wieder anders. Das alles weiß man vorher!

(-/24.2.1983/ks/ca)

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

Produktion: Kasper  
aus dem Verlag  
Kasper-Verlag



**Der Wald steht still und leidet!**  
-----

Zimmermanns Großfeuerungs-Verordnung ist ein zahnloses Gebilde

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB und Freimut Duve MdB

Die von Bundesinnenminister Zimmermann vorgelegte Großfeuerungsanlagen-Verordnung ist zu kritisieren. Sie ist ein "Waldbetrug am Wähler", die letztlich wegen der üppig wuchernden Ausnahmeregelungen ein "Todesurteil für unseren Wald" bedeutet.

In den Wäldern droht ein ökologisches Hiroshima, aber Zimmermann versucht mit trickreichen Formulierungen und Etikettenschwindel schärfere Auflagen für die Kraftwerksbetreiber zu umgehen. Nach den Beschlüssen der Regierung Kohl/Genscher wird bis in die Mitte der 90er Jahre hinein keine spürbare Verminderung der Schadstoffe erfolgen, da den Kraftwerksbetreibern weitreichende Möglichkeiten eingeräumt werden, die Sanierung der besonders luftverschmutzenden Altanlagen zu umgehen. Damit ist es für den Wald zu spät! Wenn man berücksichtigt, daß im Schwarzwald vor zwei Jahren 40 Prozent der Tannen als krank bezeichnet wurden, heute dagegen nur noch ein Prozent der Tannen gesund sind, dann kann das unverantwortlich laxe Vorgehen der CDU/FDP-Regierung nur Erbitterung und Empörung auslösen.

Die geplante Großfeuerungsanlagen-Verordnung

- wird erst nach etwa zehn Jahren auf die Sanierung der Altanlagen wirken;
- wird die Ausnahmen zur Regel machen;
- ist praktisch jeglicher Strafmaßnahmen bei Zuwiderhandlungen beraubt und damit ein zahnloses Gebilde.

Bestes Beispiel für die Laschheit der vorliegenden Verordnung ist das Skandalkraftwerk Buschhaus in Niedersachsen, das mit einem Schwefeldioxid-Emissionswert von 12.650 mg/m<sup>3</sup> nun ohne weiteres als größte europäische Schwefelschleuder ans Netz gehen kann.

Auch wird der Geltungsbereich der Altanlagenregelung auf nur noch wenige Großkraftwerke eingeengt. Der Trick besteht darin, daß die gemeinsamen Blöcke eines Kraftwerks nun nicht mehr gemeinsam, sondern als Einzelblöcke behandelt werden und dann als "Kleinanlagen" nicht mehr entschwefelt werden müssen.

Wenn Zimmermann diese Politik als das "ökologisch Erforderliche und ökonomisch Machbare" bezeichnet, hat er wohl nicht begriffen, was die Stunde geschlagen hat.

Unumgänglich ist nach Ansicht der SPD-Umweltpolitiker

1. eine Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung
  - mit niedrigeren Grenzwerten
  - mit kürzeren Übergangsfristen
  - und ohne Ausnahmeregelungen.
2. eine sofortige Verabschiedung des hessischen Schwefelabgabengesetzes als notwendige Ergänzung.
3. sofortige Aufstellung eines Sanierungsplanes
  - Phase 1: Sanierung aller Großkraftwerke,
  - Phase 2: Reduzierung der Emissionen aus kleineren Anlagen und Industrieprozessen.

(-/24.2.1983/ks/ca)

+ + +



Weiter verhandeln statt stationieren

Antwort an die Mahnwachengruppe Evangelischer Frauen

Von Konrad Kunick

Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

Zu der Frage der Raketenstationierung und der Friedenspolitik, die die Mahnwachengruppe Evangelischer Frauen mit ihrem Schreiben aufwirft, will ich eine ehrliche und selbstkritische Antwort versuchen; ob sie zufriedenstellt, weiß ich natürlich nicht. Es kommt mir aber darauf an nicht im Sinne primitiver Wahlkampf-Schwarz-Weiß-Malerei um Stimmen zu werben:

1. Für den NATO-Doppelbeschluß tragen deutsche Sozialdemokraten Mitverantwortung. Die Vorstellung unseres damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt war, mit der Drohung einer Aufrüstung in Westeuropa die Sowjetunion zu veranlassen, ihre neuinstallierten Raketenysteme SS-20, die Westeuropa bedrohten, abzubauen. Ziel dieser Doppelbeschluß-Vorstellung der SPD war und ist jedenfalls nicht, neue Raketen und Systeme bei uns aufzubauen, sondern Nachdruck für die Genfer Abrüstungsverhandlungen zu schaffen.

Das wir Bremer Sozialdemokraten immer zu dem Teil der Partei gehört haben, der in allen Bundesparteitagsbeschlüssen sich gegen auch nur die Drohung mit einer Raketenaufrüstung gewehrt hat, teile ich mit, ohne daß dieses für eine Wahlentscheidung von entscheidender Bedeutung sein könnte, denn wir haben uns leider mit unseren Positionen während der Ära Helmut Schmidt nicht durchgesetzt.

2. Daß die Abrüstungsverhandlungen zustande gekommen sind, ist zweifellos dem damaligen Bundeskanzler zu verdanken, denn die amerikanische Seite war an solchen Verhandlungen nicht sonderlich interessiert, und Schmidt hat auch mit Breschnew und dem Moskauer Politbüro eine ungewöhnlich deutliche Sprache reden müssen, bis verstanden wurde, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht bereit sei, die laufende Aufrüstung der Sowjetunion mit SS-20-Waffen wie ein Schicksal hinzunehmen.

In Folge dieses Handelns hat sich die Sowjetunion bewegt. Breschnew brachte den Vorschlag eines Verzichts auf weitere Stationierung während der Genfer-Verhandlungen ein, sein Nachfolger Andropow will von den SS-20 nicht mehr behalten, als die Engländer und Franzosen an Mittelstreckenwaffen haben.

Als Problem sehe ich die Haltung der amerikanischen Seite: Die Formel Null-Lösung (Abbau und Verschrottung aller alten und neuen russischen Mittelstrecken-Raketen gegen Verzicht der USA, neue in Westeuropa zu stationieren; keine Anrechnung der englischen und französischen Mittelstreckenraketen) entspringt der Überlegenheitsmentalität amerikanischer Cowboys und ist schlicht unseriös, muß, wenn sie durchgehalten wird, zum Scheitern der Genfer Verhandlungen führen.

3. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb die Anrechnung der englischen und französischen Waffensysteme; fordern, daß die Amerikaner neue Vorschläge unterbreiten mit dem Ziel einer ehrlichen Gleichgewichtsformel, bei der keinerlei neue Raketen und Marschflugkörper in der Bundesrepublik stationiert werden.

Wir sind gegen jeden Stationierungs-Automatismus. Wenn die Verhandlungen im Herbst nicht zu Ende sind, muß weiter verhandelt werden, ohne in der Bundesrepublik mit Raketenstationierung zu beginnen.

Wenn die Verhandlungen an der Starrheit der amerikanischen Seite scheitern, werden wir es nicht mitmachen, daß es in der Konsequenz eines solchen Scheiterns der Genfer Verhandlungen zur Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in der Bundesrepublik kommt.



4. In der Beurteilung der Genfer Verhandlungslage und der Schlußfolgerungen unter 3., die ich dem SPD-Wahlprogramm entnehme, ist die CDU anderer Auffassung. Bundeskanzler Kohl hat bei seinem letzten Besuch in Washington gesagt, daß er einen Wahlerfolg auch als Votum für eine Raketenstationierung in der Bundesrepublik brauche. Der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel hat das aufgenommen und die Wähler gebeten, ihm ein Votum gegen die Raketenstationierung zu geben. (Die FDP marschiert mittlerweile mit taktischen Varianten auf Kohl-Kurs.)
5. Bleibt die Frage, ob die SPD zusammen mit den Grünen, sollten diese in den Bundestag kommen, was ich nicht glaube, die Raketenstationierung verhindern. Sollte sich dafür eine rechnerische Mehrheit der Mandate im Bundestag ergeben, werden wir dies versuchen. Wären die Grünen zu einer so soliden Zusammenarbeit im Bundestag bereit, daß sich darauf eine Regierung gründen läßt, bei der Grüne bereit sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen - eigentlich müßten sie das tun und auf das Gerede von der Fundamental-Opposition verzichten -, könnten wir uns der Pflicht einer Regierungsbildung gar nicht entziehen. Und ich meine: Wir sollten es auch nicht tun. Wenn die Grünen aber bei der Haltung bleiben, einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung alle Schwierigkeiten aufhalsen zu wollen, um selbst keine Verantwortung übernehmen zu müssen, sehe ich nur den Weg, die Raketenstationierung aus der Opposition gemeinsam mit den Grünen zu verhindern, mit denen in diesem einen Punkt im Gegensatz zu vielen anderen dann Einigkeit bestünde.

Der letztere Punkt ist meine persönliche Meinung, die von vielen Sozialdemokraten geteilt wird. Gegenwärtig stehen wir im Wahlkampf gegen alle und machen unsere Sachaussagen. Von den Grünen ist bis zum Wahltermin eine Klärung ihrer Position Fundamental-Opposition oder Regierungsverantwortung nötig.

6. Es geht am 6. März nicht nur um die lebenswichtige Frage Raketenstationierung ja oder nein. Es geht aus meiner Sicht auch um die Frage, ob die Militärpolitik einen immer höheren Stellenwert erhält und die Entspannungs- und Verständigungs-Politik, für die Willy Brandts Gedenken an die Opfer Hitlers in Warschau demonstrativen Symbolwert hatte, ob diese Politik immer mehr einer Konfrontations-Politik geopfert wird. Waffen sind schon an sich eine Lebensbedrohung, vor allem, wenn ihr Einsatz aufgrund von schrecklichen Irrtümern technischer Art nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Diese technische Gefahr sehe ich in den Mittelstreckensystemen, über die jetzt verhandelt wird. Noch schlimmer aber ist der Wandel in den Köpfen der politisch Handelnden, der sich aus meiner Sicht zwischen den Personen von Kennedy bis zu Reagan und von Willy Brandt zu Helmut Kohl hin vollzogen hat. Politiker, deren oberstes Ziel nicht der Ausgleich ist, die von Überlegenheit und Waffenstärke sich die Bewahrung des Friedens versprechen, halte ich für eine Gefährdung der Grundlage des Friedens. (Dies bitte ist meine Überzeugung und nicht in der Absicht, andere zu beleidigen.)

Dies möchte ich als meine bescheidenen Überlegungen eines SPD-Landesvorsitzenden des Landes Bremen mitteilen, weil ich mich über den Brief der Evangelischen Frauen sehr gefreut habe. Ich bin sicher, daß sie zu einer sorgfältig abgewogenen Wahlentscheidung, die die Stellungnahme anderer Parteien genauso kritisch unter die Lupe nimmt wie die sozialdemokratische, kommen werden. (-/24.2.1983/ks/ca)

+ + +



Kambodscha helfen!  
-----

Die westlichen Industriestaaten setzen die Existenz der Kinder aufs Spiel

Von Volker Neumann MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen und Menschenrechtsfragen  
der SPD-Bundestagsfraktion

Jeder von uns dürfte sich noch an die beispiellosen Grausamkeiten des Pol Pot Regimes in Kambodscha erinnern, dem über ein Drittel der Gesamtbevölkerung Kambodschas zum Opfer fiel. Erst der Einmarsch der Vietnamesen setzte diesem systematischen Völkermord ein Ende. Eine großangelegte internationale Hilfsbereitschaft hatte die Situation in Kambodscha wesentlich verbessert. Aber es mehren sich die Anzeichen, daß Kambodscha nach wie vor unsere Hilfe benötigt. Die über die Vereinten Nationen abgewickelte Kambodscha-Hilfe mußte drastisch gekürzt werden, da sich insbesondere die USA und andere westliche Industrienationen angesichts der fortdauernden Besetzung Kambodschas durch Vietnam nicht mehr in der Lage sahen, diese Hilfe finanziell zu unterstützen.

Dies führt nun dazu, daß sich der Ernährungs- und Gesundheitszustand der kambodschanischen Bevölkerung wieder zusehends verschlechtert. Nach einer für die Welternährungsorganisation (FAO) angefertigten internen Studie kommen Experten zu dem Ergebnis, daß 53 Prozent der Kinder unter zwölf Jahren an leichter bis schwerer Unterernährung leiden, in einigen Provinzen liegt diese Quote sogar über 80 Prozent.

Zu ähnlichen, wenn nicht sogar schärferen Ergebnissen kommt laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 21. Februar 1983 auch eine Untersuchung, die für UNICEF angefertigt wurde.

Es sind die USA und die westlichen Industriestaaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, die sich weiterer humanitärer Hilfe für Kambodscha entziehen.

Deshalb erhebt sich die Frage, ob Humanität dann endet, wenn sie nicht mehr ins politische Konzept paßt

Sicherlich soll dies nicht bedeuten, die anhaltende Besetzung Kambodschas durch Vietnam zu rechtfertigen; aber es darf nicht vergessen werden, daß ohne diese Intervention der Völkermord in Kambodscha nicht beendet wäre. Grotesk erscheint es in diesem Zusammenhang, daß das Pol Pot Regime von den Vereinten Nationen noch als legitime Regierung anerkannt wird.

Für uns sollte dies aber auch nicht Grund sein, aus politischen Erwägungen, die Gesundheit und Existenz der Kinder aufs Spiel zu setzen.

Unter diesen Gesichtspunkten wäre es notwendig, unsere Haltung gegenüber Kambodscha und Vietnam aus humanitären Gründen zu überdenken. (-/24.2.1983/ks/ca)

+ + +



Gefährliche Ansichten zur Gewalt

Die Grünen müssen ihr Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie bereinigen,  
bevor sie bei Demokraten auf Partnersuche gehen

Von Helmut Geys

Mitglied des bayerischen Landtages

Der Bundestagskandidat der Grünen im Bundeswahlkreis 201 Fürstenfeldbruck/Dachau, Wilhelm Höck, äußerte sich auf der Nominierungsversammlung seiner Partei sowie in einem Leserbrief zur Frage der Gewaltanwendung als Mittel der Politik. Nach den Berichten in der Tagespresse differenziert er zwischen Gewalt gegen Sachen und gegen Personen und läßt erstere ausdrücklich dort gelten, "wo diese Sachen im Dienst einer lebensbedrohenden Machtpraxis stehen". Als Beispiel nennt er die Unbrauchbarmachung der Startbahn West des Frankfurter Flughafens durch Sabotage (ob und wo die Sabotage gerechtfertigt ist, sollen offenbar jeweils die Täter selbst entscheiden). Zumindest im politischen Spektrum des Bundestagswahlkreises Fürstenfeldbruck/Dachau ist ein derartiges Bekenntnis eines Bundestagskandidaten zur Gewaltanwendung als Mittel der Politik erst- und einmalig.

Man darf für diese verblüffende Offenheit der Grünen nur dankbar sein, eröffnet sie den Wählern doch eine Perspektive, in welcher chaotischen Verhältnissen die Bundesrepublik versinken würde, wenn Politiker dieser Couleur in den Bundestag einziehen würden und derartige Ermunterungen, aus Deutschlands höchstem parlamentarischem Gremium unters Volk gebracht, dort entsprechenden Widerhall fänden. Ob der jüngste Brandanschlag auf ein Münchner Kaufhaus oder auf den Nürnberger Christkindlmarkt, ob das Umsägen von Stromleitungsmasten der S-Bahn-Linie S 7 oder der Bombenanschlag auf den Flughafen München-Riem im vorigen Jahr, um nur einige Beispiele aus unserem heimlichen Bereich zu nennen, ob Molotow-Cocktails in Banken oder in Ausländerwohnhäusern, ob Bomben in US-Autos oder Sabotageakte an Flugplatz-Signalanlagen - schon jetzt reißt in der Bundesrepublik Deutschland die Kette von Gewalttaten "gegen Sachen" nicht ab, und die Täter haben in ihren Bekennerbriefen allemal einen "Rechtfertigungsgrund" parat.

Warum will sich der Kandidat der Grünen eigentlich ins Parlament wählen lassen, warum erweckt er den Anschein, sich demokratischen Spielregeln zu unterwerfen, wenn er gutheißt, daß die Ergebnisse verfassungsmäßig zustandegekommener Entscheidungen von jenen, denen sie nicht passen, einfach weggebombt werden? Auch müßte er sich doch



doch darüber im klaren sein, daß es nicht nur Sympathisanten der Grünen wären, die Gewalt anwenden würden (was ja auch nicht zu entschuldigen ist), sondern daß Extremisten aller Schattierungen zum gleichen Mittel greifen, wie wir es ja allenthalben schon erleben. Ihnen allen gemeinsam ist nämlich die Verachtung für die Spielregeln unserer Verfassung, ohne die die Demokratie nicht funktionieren kann. Ihnen allen gemeinsam ist die Ablehnung jedweder übergeordneten Instanz, deren Entscheidung zu respektieren ist. Gemeinsam ist ihnen die Anerkennung allein des eigenen Gutdünkens, basierend auf der eigenen Unfehlbarkeit, als einziger Maßstab für ihr gewalttätiges Handeln. Der Vergleich dieses selbstusurpierten "Rechts auf Widerstand" mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 auf den Diktator Hitler, dessen Terrorregime im Gegensatz zu unserem Staat keine freie Meinungsäußerung, keine freie Presse, keine Kritik, keine Opposition, kein freigeschafftes Parlament und keine Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Volk kannte, sondern diese unabdingbaren Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates blutig unterdrückte und ausrottete, disqualifiziert den Kandidaten der Grünen wohl von selbst.

Im übrigen lehrt die Erfahrung, daß die Gewalt bei den "Sachen" nicht stehenbleibt. Wir haben schon zur Kenntnis nehmen müssen oder können uns ausmalen, daß mit Sabotageakten wie den eingangs geschilderten die Gefährdung von Menschenleben einhergeht. Wird dies kaltblütig in Kauf genommen? Oder ist das sogar gewollt? Auch diejenigen, die den Reichstag angezündet, Bücher verbrannt und jüdische Geschäfte oder Synagogen zerstört haben, haben dabei zunächst "nur" Gewalt gegen Sachen angewandt, die sie kraft selbstherrlicher "höherer Zielsetzung" für gerechtfertigt hielten. Dabei ist es, wie allgemein bekannt, ja nicht geblieben. Und wie damals für viele das "Weimarer System", der Versailler Vertrag oder "die Juden" als Wurzel allen Übels erschienen, gegen das jedes Mittel erlaubt sei, sind es heute schon für manche die Ausländer, die Kernenergie oder die Nato, auf die sich irrationaler, zu allem fähiger Haß konzentriert.

Gerade in diesen Wochen, da sich die nationalsozialistische Machtergreifung zum 50. Male jährt, gilt es, genau darauf zu achten, nicht nur, wo die Gewalttäter von vorgestern herkamen, sondern insbesondere auch, wo die von heute und die von morgen sitzen, und wo diejenigen, die vor Gewalttätern "den Hut ziehen". Die so viel von "Frieden" reden und in Wirklichkeit den Bürgerkrieg predigen. Solange die Grünen ihr Verhältnis zur Gewaltanwendung im Dunkeln lassen, können sie für Demokraten im parlamentarischen Raum kein Partner sein.

(-/24.2.1983/hi/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten D. Voigt, erhielt von einem heimatvertriebenen älteren Mitbürger aus Schlesien den folgenden Brief, den wir kommentarlos veröffentlichen:

Lieber Karsten Voigt,

wenn der Bundesinnenminister Zimmermann jetzt plötzlich ohne jeden drängenden politischen Anlaß die Frage der Oder-Neiße-Grenze aufwirft und vom "Deutschen Reich in den Grenzen von 1937" spricht, so zeigt dies, mit welchem Zynismus er die Heimatgefühle der aus den früheren deutschen Ostgebieten stammenden Bundesbürgern für diesen Stimmenfang mißbraucht.

Er bemüht sich antirussische und antipolnische Gefühle neu zu beleben, und sie in Stimmen für die CDU/CSU umzumünzen. Die Realitäten scheren ihn dabei einen Dreck.

Die Realitäten sehen anders aus, und es scheint notwendig daran zu erinnern, wie diese Realitäten entstanden.

Hätte es 1933 mehr "unanständige" Deutsche, das heißt mehr SPD-Wähler gegeben, so brauchten wir uns heute weder mit der Problematik der Oder-Neiße-Grenze, noch mit der Mauer quer durch Deutschland abzuquälen. Da hätten wir noch das so viel zitierte Deutschland in den Grenzen von 1937!

Die Polen sind nicht in Deutschland einmarschiert, um Schlesien oder den Warthegau zu erobern, sondern die Deutschen fielen über Polen her, um es mit dem bolschewistischen Partner aufzuteilen und auszulöschen!

Warschau war schon dem Erdboden gleich gemacht, ehe die ersten Feindgranaten in Breslau einschlugen!

Die deutschen Nationalisten waren es, die dafür sorgten, daß es heute in Warschau, Prag, Budapest und so weiter kommunistische Regierung gibt.

Neben den "verstockten Kommunisten", von denen Herr Zimmermann spricht, gibt es leider auch die "verstockten" Nationalisten, die es heute noch nicht wahrhaben wollen, daß wir genau den Krieg verloren haben, der von unserem Boden aus angezettelt wurde.

Herr Zimmermann weiß genau, daß die Oder-Neiße-Grenze in jenem Augenblick festgeschrieben war, als die Alliierten im Potsdamer Abkommen den Aussiedlungen zustimmten. Alles andere - einschließlich des Hinweises auf den fehlenden Friedensvertrag - ist heuchlerische Augenwischerei.

Kein Schlesier hat seine Heimat gern verlassen, und die Bewohner der anderen, verlorenen Ostprovinzen ebensowenig.

Es hat auch Versuche gegeben, unmittelbar nach dem Krieg - als es noch lebensgefährlich war, in heimlichen Kurierdiensten die Grenzen zu überschreiten -, die Weltmeinung für sich zu gewinnen, um die unglückselige Grenzziehung und die Aussiedlung noch abzuwenden.



Freilich war dies noch nicht die Zeit, um sich großspurig und gewinnbringend als Heimatvertriebenen Sprecher aufspielen zu können - da hat es Herr Hupka heute leichter!

Herr Zimmermann und alle, die in sein Horn blasen, wissen genau, daß sie Hoffnungen neu anfachen, die in geschichtlich übersehbarer Zeit nicht erfüllbar sind. Gleichzeitig heizt er wieder Haß und Ängste an, die bereits fast gänzlich abgebaut waren.

Herr Zimmermann hat mit seinen Phrasen einen erheblichen Beitrag dafür geleistet, unseren östlichen Nachbarn den Willen zur Abrüstung auszutreiben! Seine Wahlkampf-taktik ist friedensgefährdend!

Dabei weiß er genau:

Der erste bedeutende westliche Staatsmann, der dem Heuchelspiel um die Oder-Neiße-Grenze unmißverständlich ein Ende bereitete, war Charles de Gaulle - dessen Freundschaft mit Konrad Adenauer man nicht hoch genug rühmen kann!

Wir haben in der ganzen Welt keinen Verbündeten, der sich Herrn Zimmermann anschließen möchte! Aber, diese Forderung nach dem Reich in den Grenzen von 1937 war schon ein bequemes Mittel mit dem man in den 50er Jahren jede Verhandlung über die Wiedervereinigung von vornherein zum Scheitern bringen konnte.

Die deutsche Frage mit der Grenzfrage zu belasten, heißt in der Praxis sie unlösbar zu machen - dies ist auch Herrn Zimmermann nicht unbekannt.

Oder glaubt er ernsthaft, daß Millionen in Schlesien geborene Polen diese Landstriche freiwillig wieder verlassen werden, um Bundesbürgern, die diese Gebiete nur aus den Erzählungen der Eltern und Großeltern kennen, Platz zu machen?

Hüten wir uns vor Politikern, die mit den Schicksalen von Millionen so leichtfertig umgehen, wie Herr Zimmermann! Es könnte wieder einmal schief gehen.

Sagen wir es doch auf einfache Art:

Hätte es unter den jungen Deutschen 1933 mehr Willy Brandts gehabt, und weniger Kiesingers (Anpaßler) und weniger Zoglmanns (eifrige Mitmacher), dann brauchten wir uns Heute nicht darüber national zu erregen, daß Breslau nun Wroclaw heißt.

Ist es wirklich so schwer, dies zu begreifen?

(-/24.2.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

